

Das Magazin für den  
öffentlichen Dienst

April 2021

# hauptstadt magazin



## SACHSEN in BERLIN



dbb  
beamtenbund  
und tarifunion  
berlin





© Michael Wittig

**Liebe Leserinnen,  
lieber Leser,**

Geduld ist gefragt – nicht nur im Kampf gegen COVID-19, sondern immer wieder auch bei der Lösung beamtenpolitischer Fragen. Das gilt für den schleppenden Umgang des Senats mit den Verstößen gegen die amtsangemessene Besoldung ebenso wie für die einheitliche Stellenbewertung nach dem KGSt-Modell. Warum die in weiten Teilen der öffentlichen Verwaltung ausgebliebene Umsetzung dieser Stellenbewertung für die Beschäftigten so nachteilig ist, wird in dieser Ausgabe des hauptstadt magazins nochmals erläutert.

Wieder einmal ist es der Justizbereich, der mit Ausnahme des Vollzugs zu den schwarzen Schafen zählt, die mit der Umsetzung des KGSt-Modells nichts am Hut hatten.

Als ob es an den Berliner Gerichten nicht schon genug Ungereimtheiten gäbe, meldet sich jetzt die Deutsche Justiz Jugend (DJJ) zu Wort und beklagt ein „Dicken-Mobbing“ beim Kammergericht.

Auch eine weitere Landesvertretung haben wir besucht, nämlich die des Freistaates Sachsen, die in Corona-Zeiten unter anderem neben ihren eigentlichen Aufgaben freiwillig Förderanträge bearbeitet.

Damit unsere Leser genau nachvollziehen können, wie sich die Besoldungsanpassung vom 1. Januar in ihrem Geldbeutel auswirkt, hat der dbb berlin eine vorläufige Besoldungstabelle erarbeitet, die auch in diesem Heft abgedruckt ist. Gewähr wird allerdings nicht übernommen.

Ihnen und Ihren Angehörigen wünsche ich ein frohes Osterfest. Bleiben Sie vor allem weiter gesund.

Ihr

Frank Becker,  
Landesvorsitzender dbb berlin

## Inhalt

<b>Beamtenrecht</b>	
Grundsatzgespräch mit dem Finanzsenator	4
Wichtige KGSt-Stellenbewertung	6
<b>Besoldung</b>	
Vorläufige Tabelle ab 1. Januar 2021	7
<b>Landeshauptvorstand</b>	
Erstmals wieder Präsenzveranstaltung	8
<b>Corona-Pandemie</b>	
PKV-Versicherte müssen sich melden	9
OVG bestätigt Maskenpflicht	9
<b>Aus den Mitgliedsgewerkschaften</b>	
Es brodelt in der Justizverwaltung	10
VBE: Vorschule wieder einführen!	11
<b>Titelthema</b>	
Landesvertretung Sachsen	12
<b>Unterhaltung</b>	
Preisrätsel	14
<b>Zum Schluss</b>	
100 Jahre BBBank	16
Wahlhelfer gesucht!	16

### Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

**Redaktion:** Annemarie Wellige. **Telefon:** 030.3279520.

**Telefax:** 030.32795220. **Internet:** www.dbb.berlin.

**E-Mail:** post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

**Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

**Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** post@dbb.berlin.

**Anzeigen:** DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr.

15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0.

**Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@

dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen,

**Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea

Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:**

Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 18,

gültig ab 1.10.2020. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

**Layout:** FDS, Geldern. **Fotos:** wie angegeben.

**Titelbild:** Vertretung des Freistaates Sachsen beim Bund

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

## Grundsatzgespräch mit dem Finanzsenator

# Keine zügigen Lösungen in Sicht

Den Berliner Beamtinnen und Beamten wird weiterhin ein gerüttelt Maß an Geduld abverlangt. Viele beamtenpolitische Probleme werden vom Senat auf die lange Bank geschoben. Das zumindest ist der Eindruck, den dbb Landeschef Frank Becker, seine Stellvertreterin Martina Riedel und sein Stellvertreter Thomas Goiny von einem als Videokonferenz durchgeführten Grundsatzgespräch mit Finanzsenator Matthias Kollatz am 10. März 2021 gewinnen mussten.

Insbesondere in Sachen Reparaturgesetz ist der Finanzsenator weiterhin nicht bereit, zusammen mit den Verfassungsmängeln in der R-Besoldung sinnvollerweise auch die in der A-Besoldung zu beheben. Stattdessen soll eine weitere Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abgewartet werden – aus rein formalen Gründen, denn inhaltlich ist der Sachverhalt gleich gelagert. Die betroffenen Beamtinnen und Beamten stellt das erneut vor eine neue Geduldsprobe, denn das Urteil der Verfassungsrichter zur A-Besoldung wird erst im Herbst erwartet und der nachfolgende Gesetzgebungsprozess sicher nicht mehr in diesem Jahr abgeschlossen werden können. Bei den verfassungswidrig alimentierten Richtern sieht das deutlich günstiger aus. Mit der 1. Lesung des Reparaturgesetzes im Abgeordnetenhaus wird Ende Mai gerechnet.

### „Keine gute Entscheidung“

Keine gute politische Entscheidung, rügte Becker die Tatsache, dass rückwirkende Entschädigungsansprüche bei Verstößen gegen die amtsangemessene Alimentation nur befriedigt werden sollen, wenn Widerspruch gegen die verfassungswidrige Bezahlung eingelegt worden ist. Nach dem Urteil der Verfassungsrichter ist das zwar möglich, ein weiterer erheblicher Vertrauensverlust der Beschäftigten gegenüber ihren Dienstherrn dürfte allerdings die schwerwiegende Folge sein.

### Lehrerverbeamtung vertagt

Eine Lösung zeichnet sich auch bei dem „Dauerbrenner“ Status der Berliner Lehrer nicht ab. Obwohl längst auch in der SPD-Fraktion die Erkenntnis gewachsen ist, dass an der Wiederverbeamtung der Berliner Lehrer kein Weg vorbeiführt, will man nicht fortwährend im personellen Wettbewerb mit allen anderen Bundesländern den Kürzeren ziehen, wird die Problematik von der Senatsverwaltung für Finanzen schlicht in die nächste Wahlperiode verlagert. Für die Betroffenen eröffnete sich immerhin so die Möglichkeit, ihre Wahlentscheidung von der Position in dieser Frage abhängig zu machen, versuchte Kollatz von der Dringlichkeit des Problems abzulenken.

Auch was die Umsetzung der Stellenbewertung im Sicherheitsbereich nach dem KGSt-Gutachten betrifft, ist allenfalls Bewegung im Schneckentempo festzustellen. Mit der Justizverwaltung sei man im Gespräch, bei der Polizei bahne sich ein Austausch an – ein beschämendes Ergebnis nach fünf Jahren (siehe nächste Seite). Kein Wunder, wenn es die Senatsverwaltung bei dem Gespräch mit der dbb Landesleitung vorzog, das Modell selbst in den höchsten Tönen zu loben anstatt Perspektiven zur praktischen Umsetzung aufzuzeigen. „Leidtragende dieser unerträglichen Verschleppung sind die Beschäftigten,“ brachte es der stellvertretende Landesvorsitzende Thomas Goiny auf den Punkt.

In der Videokonferenz: Thomas Goiny, ...





© dbb berlin (3)

... Martina Riedel ...

Da ist es schon verständlicher, dass in der aktuellen Pandemie-Situation noch keine Zahlen zur Umsetzung der Hauptstadtzulage von der Senatsverwaltung auf den Tisch gelegt werden konnten.

### Nachwuchssorgen

Besonders breiten Raum nahm in dem Meinungsaustausch die Personalpolitik ein. Während Senator Kollatz auch dank der Besoldungsangleichungsschritte und verkürzter Einstellungsverfahren einen

klaren personellen Aufwuchs in diesem und im vergangenen Jahr als Erfolgsstory pries, macht sich der dbb Landesbund erhebliche Sorgen wegen der starken personellen Abgänge in den Jahren bis 2027. „Bei der Amtsanwaltschaft gehen beispielsweise 50 Prozent der Beschäftigten in den Ruhestand,“ skizzierte Thomas Goiny die alarmierende Situation. Gleichzeitig sei enttäuschend, wie sich die erhöhten Ausbildungszahlen bereits nach dem 1. Auswahlverfahren reduzieren. Generell würden nach der Ausbildung nicht die erhofften Einstellungszahlen erreicht. „Und das – obwohl der Not gehorchend – zunehmend Abstriche an der Qualität der Bewerber in Kauf genommen würden, zeigte sich Goiny verwundert. Bei den Einstellungen sei mittlerweile das unterste Qualitätslimit erreicht. Goiny rief die Senatsverwaltung zum Austausch in dieser Frage und einer gemeinsamen Werbekampagne auf.

Angeregt wurde schließlich von der stellvertretenden dbb Landesvorsitzenden Martina Riedel die Wiedereinführung der Probezeitverkürzung für Anwärter mit sehr guten bis guten Prüfungsnoten. Die Senatsverwaltung für Finanzen sagte eine Prüfung dieses Anliegens zu. Angesichts der bevorstehenden Wahlen forderte Riedel eine Anpassung der bescheidenen Aufwandsentschädigung und eine Aufstockung der Ausgleichszeit für Wahlhelfer des Landes Berlin. Auch gelte es, diesen Personenkreis vor den Wahlterminen zu impfen.

Zu guter Letzt konnte der Finanzsenator noch mit einer positiven Nachricht aufwarten: Ab 1. April dürfen auch die im öffentlichen Dienst tätigen Betriebsärzte impfen. ■



... und Frank Becker.

## KGSt-Stellenbewertung

# Darum ist die Umsetzung so wichtig!

Wenn der dbb berlin immer wieder auf Umsetzung des KGSt-Modells drängt, geht es um nichts anderes als eine einheitliche und damit gerechte Stellenbewertung im gesamten öffentlichen Dienst in Berlin. Das heißt, zwischen den Stellenausschreibungen der Bezirke und denen des Landes Berlin, denen immer eine Stellenbewertung zugrunde liegt, sollte es keine Unterschiede geben.

Das hat auch die Landesregierung so gesehen und in ihren Koalitionsvertrag die einheitliche und behördenübergreifende Bewertung der Stellen nach dem „KGSt-Modell“, zumindest bei vergleichbaren Aufgaben, festgeschrieben.

Auch wenn ein solches Vorhaben nicht von heute auf morgen umzusetzen ist, ist unverständlich und inakzeptabel, dass die drei großen Bereiche des Landesdienstes, nämlich Bildung, Polizei und ordentliche Gerichtsbarkeit (außer interne Verwaltung) zum Ende der Legislaturperiode immer noch außen vor sind.

Das widerspricht nicht nur dem Ziel einer beschleunigten Stellenbesetzung durch einheitliche Bewertung, das die Koalitionsparteien sich für eine „leistungsfähige Verwaltung und einen modernen öffentlichen Dienst“ selbst auf die Fahnen geschrieben haben, es verhindert auch, dass in den betroffenen Bereichen die Stellenobergrenzenverordnung für einen Zeitraum von fünf Jahren vollständig ausgesetzt wird. Das ist nämlich nur für die Bezirke und Verwaltungszweige der Hauptverwaltung, die das

KGSt-Modell zur Dienstpostenbewertung anwenden, vorgesehen.

### Beförderungsmöglichkeiten verspielt

Im Klartext heißt das: Während die einen – die das KGSt-Modell anwenden – Beschäftigte über den beschlossenen Stellenbedarf hinaus, befördern konnten, haben die Behörden, die ihre Hausaufgaben in Sachen Stellenbewertung nach dem KGSt-Modell nicht gemacht haben, Beförderungsmöglichkeiten ihrer Beschäftigten ohne Not verspielt.

Ein mehr als ärgerliches Verhalten, findet auch die DJG Berlin. Deren stellvertretender Vorsitzender Ulf Melchert wirft insbesondere den Gerichtspräsidentinnen und -präsidenten in einer Stellungnahme gegenüber dem hauptstadt magazin absichtsvolles Verhindern der Stellenbewertungen und damit der zeitweiligen Aufhebung der Stellenobergrenzenverordnung vor. Die mangelnde Fürsorge und Wertschätzung für die Leistungen der Kolleginnen und Kollegen müsse als Amtsversagen eingestuft werden. ■

## Wer ist die KGSt?

Die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement gibt seit über sieben Jahrzehnten Empfehlungen zu Konzepten und Lösungen für aktuelle und relevante Fragen in kommunalen Strukturen.

Der unabhängige Verein berät seine Mitglieder wie Städte, Kreise, Gemeinden und Verwaltungsorganisationen aller Größen.



Bei der Verwaltungsmodernisierung bezieht die KGSt nicht nur die Verwaltungsspitzen mit ein, sondern auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Organisationsebenen. Ziel ist es, mit den kommunalen Praktikerinnen und Praktikern ganzheitliche Strategien und innovative Lösungen im Finanz-, Organisations-, Personal- und Informationsmanagement zu entwickeln.

<https://www.kgst.de/ueber-uns>



## Besoldungsverbesserungen in Euro und Cent

Am 28. Januar 2021 hat das Abgeordnetenhaus die Anpassung der Besoldung für die Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin rückwirkend zum 1. Januar 2021 beschlossen. Inzwischen ist diese Anpassung auch im Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Berlin veröffentlicht. Dagegen hat der Senat noch keine neuen Besoldungstabellen vorgelegt. Deshalb hat der dbb berlin eine vorläufige Fassung erarbeitet, deren Werte auf eigenen Berechnungen basieren und für die keine Gewähr übernommen werden kann. Die Veröffentlichung erfolgt deshalb vorbehaltlich der Bekanntmachung durch den Senat.

### Besoldungsordnung A

### Grundgehaltssätze (Monatsbeträge in Euro)

Gültig ab 1. Januar 2021

Erfahrungszeiten	2 Jahre	3 Jahre			4 Jahre			
		(in den Besoldungsgruppen A 4 bis A 7 <b>2 Jahre</b> )			(in den Besoldungsgruppen A 4 bis A 8 <b>3 Jahre</b> )			
BesGr.	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6	Stufe 7	Stufe 8
A 4	2.235,04	2.302,07	2.359,22	2.416,26	2.446,71	2.479,54	2.536,58	2.612,73
A 5	2.251,38	2.332,62	2.390,82	2.451,75	2.511,24	2.574,79	2.631,66	2.686,31
A 6	2.300,95	2.369,31	2.498,55	2.564,51	2.624,02	2.692,63	2.753,47	2.818,17
A 7	2.394,76	2.460,51	2.542,92	2.692,63	2.783,89	2.861,06	2.921,94	3.030,92
A 8	2.532,88	2.705,22	2.814,25	2.923,24	3.084,17	3.171,66	3.238,26	3.302,23
A 9	2.687,36	2.779,93	2.923,24	3.086,80	3.206,90	3.355,75	3.442,87	3.527,26
A 10	2.882,76	3.005,65	3.206,90	3.410,73	3.559,43	3.708,13	3.844,78	3.957,30
A 11	3.303,53	3.495,10	3.689,36	3.884,94	4.013,56	4.152,89	4.319,00	4.420,81
A 12	3.550,04	3.914,41	4.013,56	4.278,81	4.400,70	4.637,82	4.728,91	4.893,71
A 13	4.193,05	4.408,76	4.624,43	4.841,45	5.045,08	5.141,54	5.345,16	5.452,31
A 14	4.414,10	4.691,40	4.998,20	5.271,47	5.457,69	5.637,19	5.830,10	6.028,36
A 15	5.414,81	5.694,79	5.858,24	6.051,14	6.244,05	6.435,61	6.592,35	6.821,43
A 16	5.980,14	6.272,19	6.494,56	6.716,95	6.938,00	7.160,36	7.382,74	7.601,12

Werte basieren auf eigene Berechnungen und erfolgen ohne Gewähr.  
Die Veröffentlichung erfolgt unter Vorbehalt der Bekanntmachung der Beträge im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin.

© Diese Darstellung unterliegt den Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes (UrhG).

## Landeshauptvorstand tagte

**Erstmals wieder als Präsenzveranstaltung konnte die Landeshauptvorstandssitzung des dbb berlin am 18. März 2021 durchgeführt werden. Wichtigste Entscheidung des Gremiums bei der Veranstaltung: Der Haushaltsplan 2021 wurde einstimmig gebilligt. Ebenfalls ohne Gegenstimmen ist der Vollzug 2020 beschlossen worden.**

Im weiteren Verlauf der Sitzung informierte dbb Landeschef Frank Becker die Delegierten ausführlich über die gewerkschaftlichen Problemstellungen und Aktivitäten im vergangenen Halbjahr sowie über künftige Termine.

### Tariffahrplan steht

So stehen die Termine für die Tarifverhandlung (TV-L), die gegenwärtig auch in den Gremien des dbb Bund vorbereitet werden, bereits fest: Die Bundstarifkommission und der dbb Bundesvorstand werden am 26. August 2021 zusammentreten. Der Auftakt der Verhandlungen ist auf den 8. Oktober 2021 in der Landesvertretung Baden-Württemberg terminiert. Die 2. und 3. Runde finden wie in den Vorjahren in Potsdam statt und zwar am 2. beziehungsweise am 27./28. November 2021.

Der traditionelle Parlamentarische Frühschoppen des dbb berlin, der normalerweise im 1. Kalendervierteljahr stattfindet, wurde auf den 14. August verlegt. Und wenn die Corona-Situation es erlaubt, wird am 25. August wieder eine Personal- und Betriebsräte-Konferenz des dbb berlin stattfinden. Der Landeshauptvorstand selbst soll nach gegenwärtigem Stand am 14. Dezember 2021 wieder zusammentreten. ■

## Mitbestimmungsgremien

### Handlungsfähigkeit erhalten!

**Der dbb berlin hat die Vorsitzenden der Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus aufgefordert, durch eine kurzfristige Änderung des Berliner Personalvertretungsgesetzes die Handlungs- und Beschlussfähigkeit der Personalvertretungen und Jugend- und Auszubildendenvertretungen unter „Corona-Bedingungen“ sicherzustellen.**

Hintergrund der dbb Initiative ist die Tatsache, dass rein gesetzestechisch Personalratssitzungen bislang nur in Form von Präsenzsitzungen vor Ort vorgesehen sind.

Wegen der gegenwärtigen Infektionsrisiken sind derartige Zusammenkünfte – insbesondere bei großen Gremien – nicht mehr möglich. Zum Erhalt der Handlungs- und Beschlussfähigkeit der Personalvertretungen und Jugend- und Auszubildendenvertretungen sind deshalb gesetzgeberische Maßnahmen notwendig, die auch in Videokonferenzen gefasste Beschlüsse der Gremien rechtssicher machen. ■

Der dbb Appell ist nicht ohne Wirkung geblieben: Ein entsprechender Gesetzentwurf soll noch Ende März im Abgeordnetenhaus behandelt werden.

Über die Gesetzesänderung hinaus fordert der dbb berlin, dass die Dienststellen den notwendigen Geschäftsbedarf (technische und räumliche Ausstattung) gem. Personalvertretungsgesetz sicherstellen. Schließlich sollte auch für den Fall der zwingenden Notwendigkeit einer digitalen Personalversammlung vorgesorgt werden. ■



## Chronisch Kranke

# Privatversicherte müssen sich melden

Privatversicherte chronisch Kranke im Alter zwischen 18 und 70 Jahren, die noch keinen Buchungscode für einen Impftermin haben, müssen sich selbst mit einem ärztlichen Attest, das sie als impfberechtigte Personen ausweist, an die Impfhotline (030.9028-2200) wenden und dort ihre Daten mitteilen, um ein Einladungsschreiben der Senatsverwaltung für Gesundheit mit einem Impfcode zu erhalten. Mit diesem Impfcode kann dann ein Termin in einem Impfzentrum gebucht werden.

Das hat die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung dem dbb berlin auf eine entsprechende Anfrage mitgeteilt.

Der dbb berlin hatte aufgrund einer Presseinformation des Verbandes der Privaten Krankenversicherungen (PKV), wonach in Berlin die Kassenärztliche Vereinigung die Impfeinladungen für chronisch Kranke übernehmen soll, befürchtet, dass Privatversicherte durchs Raster fallen.

Über deren Abrechnungsdaten verfügt die Kassenärztliche Vereinigung nämlich nicht. Viele



Beamtinnen und Beamte wären damit außen vor.

Nach dem Willen der Gesundheitsminister von Bund und Ländern sollen die niedergelassenen Haus- und Fachärzte spätestens ab 19. April mit den Corona-Impfungen in ihren Praxen starten. Allerdings muss eine Mindestmenge an Impfstoff dafür unerlässlich sein.

Wie im Ärzteblatt veröffentlicht sind nicht nur Kassenärzte, sondern auch Privatärzte und Betriebsärzte einbezogen. ■

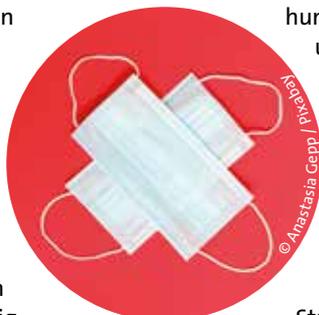
# OVG Berlin bestätigt Maskenpflicht im Freien

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat einen Beschluss des Verwaltungsgerichts Berlin bestätigt, wonach die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung auch im Freien auf Märkten und in Warteschlangen nicht unverhältnismäßig ist.

Das geht aus einer Pressemeldung des Gerichts vom 13. März 2021 hervor.

Auch die Maskenpflicht auf bestimmten Straßen und Plätzen sei nicht zu beanstanden. Zwischen 24 Uhr und 6 Uhr gelte die Maskenpflicht aber nicht, ebenso wenig muss ganztägig auf Parkplätzen eine Mund-Nasen-Bedeckung getragen werden.

Die Richter begründeten ihre Entscheidung mit dem häufig auf Märkten und in Warteschlangen nicht zuverlässig zu realisierenden Mindestabstand. Anders die Situation auf Parkplätzen: Dort hielten Menschen sich nur kurzzeitig zum Ein- und Aussteigen bezie-



hungsweise zum Ein- und Ausladen auf und könnten den Mindestabstand normalerweise einhalten. Soweit Annäherungen in Warteschlangen vor Parkautomaten entstehen könnten, greife wiederum die Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung. Eine zeitlich unbegrenzte Maskenpflicht auf den ausdrücklich benannten belebten Straßen und Plätzen lehnten die Richter ab, weil zwischen Mitternacht und frühem Morgen menschliche Begegnungen eher selten stattfinden. ■

DJJ

## Es brodelt in der Justizverwaltung

Während die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung seit Ende Februar mit der groß angelegten Kampagne „Team der Gerechten“ den dringend benötigten Nachwuchs für die Berliner Justiz zu gewinnen versucht, hat die dafür zuständige Ausbildungsbehörde, das Berliner Kammergericht, ganz offenbar das Gebot der Stunde immer noch nicht erkannt und bringt dem Nachwuchs wenig Wertschätzung entgegen.



Christian Arnold

Statt transparente, gut strukturierte Praxislehrpläne anzubieten und sich um eine einheitliche Benotung zu kümmern, kapriziert man sich dort lieber in zahllosen Personalgesprächen auf den Body-Mass-Index oder kurz BMI des Justiznachwuchses. Nebenbeschäftigungen werden beispielsweise verwehrt, damit ausreichend Gewichtsreduktion in der Freizeit betrieben werden kann.

### „Dicken-Mobbing“

Von „Dicken-Mobbing“ spricht der Vorsitzende der

Deutschen Justiz-Jugend (DJJ), Christian Arnold, in diesem Zusammenhang ganz offen. Mit Blick auf das herrschende Schlankheitsideal wird figürlich anders gebauten Anwärtinnen oder Anwärtern beispielsweise ein in regelmäßigen Abständen ärztlich zu kontrollierender Abnehmplan auferlegt oder gar die spätere Übernahme verweigert.

Dass Körpergewicht offenbar vor Leistung zählt wollte Arnold nicht hinnehmen. Aber auch als inzwischen sehr wertgeschätztem Angestellten in der Landesverwaltung ist es ihm nach wie vor ein Herzensanliegen, den unhaltbaren Zuständen beim Kammergericht Paroli zu bieten.

### DJJ mit gewaltigem Zulauf

Bei den Betroffenen hat sich das herumgesprochen. Allmonatlich verzeichnet die DJJ, die sich erst vor einem halben Jahr neu gegründet hat, enormen Zulauf. Ganz anders als in der Ausbildungsabteilung des Kammergerichts herrscht hier nämlich Klarheit und Kontinuität und kein organisatorisches Chaos durch ständiges Kommen und Gehen der Verantwortlichen.

„Es muss einfach nicht sein, dass eine junge Kollegin mit Kind ganze zwei Tage vorher erfährt, in welchem Bezirk sie künftig Dienst tun soll,“ nennt Arnold ein Beispiel für die desolate Organisation der Ausbildungsbehörde. Der Schuh drückt aber auch noch an ganz anderen Stellen. Einheitliche Bewertungskriterien an den Gerichten: Fehlanzeige! Transparentes Ausbildungskonzept: nicht erkennbar! Wertschätzung: eher unbekannt!

Bei der DJJ finden die jungen Menschen dagegen Verständnis, Solidarität und zielführende berufspolitische Konzepte. Arbeitsgruppen für alle Ausbildungszweige zeigen Defizite auf und erarbeiten Verbesserungsvorschläge, die hauptsächlich auf klare Strukturen und Transparenz in der Ausbildung, wie sie etwa in Brandenburg herrschen, abzielen.

Bisher zeigt man sich beim Kammergericht allerdings den schriftlichen Appellen der DJJ gegenüber ziemlich gleichgültig. Die DJJ ist aber fest entschlossen, es dabei aber nicht bewenden zu lassen, schon allein um eine Abwanderungswelle frustrierter junger Justizbeamten ins Nachbarland oder in die Landesverwaltung zu verhindern. ■

## Die Deutsche Justiz-Jugend (DJJ) ...

... ist die eigenständige Jugendorganisation der Deutschen Justiz-Gewerkschaft (DJG). Ihr gehört automatisch an, wer Mitglied in der DJG und noch bis 30 Jahre jung ist.

### Kontakt:

DJJ  
Postfach 84 04 20  
12534 Berlin  
E-Mail: [info@djj-berlin.org](mailto:info@djj-berlin.org)  
[www.djj-berlin.org](http://www.djj-berlin.org)



**VBE Berlin**

## **Vorschule wieder einführen!**

**Der VBE Berlin hat für seine Forderung nach Wiedereinführung verpflichtender Vorklassen Unterstützung von der Berliner CDU bekommen.**

„Einer der größten bildungspolitischen Fehler von Bildungssenatorin Scheeres ... war es, den Bildungsauftrag an die Kitas zu geben und die Vorklassen ohne Not abzuschaffen,“ heißt es dazu in der Zeitschrift des Verbandes.

Weil für alle Kindertagesstätten gültige Förderkonzepte ebenso fehlten, wie Kontrolle oder Evaluation, seien viele Kinder, speziell aus bildungsfernen Familien ohne jegliche Vorbereitung auf den Schulalltag und teilweise ohne Sprachkenntnisse eingeschult worden.

Demgegenüber wird bei einer verpflichtenden Teilnahme an der Vorschule sichergestellt, dass feinmotorische Fähigkeiten, wie der Umgang mit Pinsel, Stift und Schere geübt, Sprache und Alltagswissen gefördert werden. Eingübt würden auch Konzentration, Gruppenverhalten und gewaltfreie Kommunikation.

Dem VBE Berlin schwebt zur Vorbereitung auf diese Aufgabe zunächst eine Zusatzqualifikation für Erzieherinnen und Erzieher vor. Langfristig müsse das Aufgabenfeld des Vorschulklassenleiters in die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher integriert werden. ■

## Landesvertretung Sachsen beim Bund

# Ideenreich, weltoffen und dynamisch!

In der Berliner Landesvertretung des Freistaates Sachsen kennt man keine „Corona-Lethargie“, ganz im Gegenteil: Das Haus hat seine Arbeitsabläufe kurzerhand umgestellt und setzt nicht nur auf ein breites digitales Angebot, sondern greift in diesen Krisenzeiten auch der dem Sächsischen Staatsministerium des Innern unterstellten Landesdirektion bei der Bearbeitung von Entschädigungsanträgen unter die Arme, damit anspruchsberechtigte Bürgerinnen und Bürger möglichst schnell Hilfe erhalten.

„In Dresden ist die zuständige Behörde bei der Antragsflut von Menschen, die quarantänebedingt Verdienstaufschläge hinnehmen müssen, am Limit,“ erläutert der Bevollmächtigte des Freistaates beim Bund, Staatssekretär Conrad Clemens, die freiwillige Amtshilfe seines Hauses. „Tagtäglich werden jetzt etwa Hundert Anträge in Berlin bearbeitet. Wir haben dafür kurzfristig die Aufgabenverteilung im Hause umstrukturiert.“

### Forschung und Entwicklung haben Priorität

Die wichtigen politischen Themen werden trotzdem unvermindert vorgebracht: Wie alle ostdeutschen Bundesländer ist auch Sachsen vom Strukturwandel stark betroffen und muss Zukunftsideen zur Steigerung seiner Wirtschaftskraft entwickeln. Neue kreative Ideen sind gefragt, denn über die Anwerbung etablierter Unternehmen denkt man realistisch. „Großinvestitionen von DAX-Unternehmen wie Bosch im Bereich Mikroelektronik sind aktuell noch ein Sonderfall“, erläutert Clemens, „deshalb müssen wir auf Entwicklungen in Schlüsseltechnologien setzen, denen die Zukunft gehören kann“. Forschung und Entwicklung wird deshalb im Freistaat großgeschrieben, sei es unter anderem in der Chipindustrie, in der Wasserstoffelektrolyse oder in Kälte- und Energietechnik.

### Defizite im Schienenverkehr

Großen Förderungsbedarf sieht Clemens, was die Anbindung Sachsens an den Schienenverkehr angeht. Während nach der Wende unverzüglich mit dem Bau schneller Ost-West-Verbindungen begonnen wurde, lassen die Schienenwege vom Osten in

die anderen Himmelsrichtungen stark zu wünschen übrig. Hochgeschwindigkeitszüge etwa verkehren ausschließlich vom Westen bis Dresden, nicht bis in die Lausitz – ein klarer Infrastrukturnachteil für das Land, dessen wirtschaftsstärkste Standorte, Leipzig, Dresden und Chemnitz, eigentlich außerordentlich günstig zu einander liegen.

„Chemnitz“, fügt der Staatssekretär in diesem Zusammenhang an, ist eine häufig unterschätzte Stadt. Das soll sich ändern. So ist die Kulturministerkonferenz erst im Januar dem fachlichen Votum einer europäischen Expertenjury gefolgt und hat Chemnitz zur Kulturhauptstadt Europas für das Jahr 2025 ernannt.

Politische Ziele zu verfolgen ist eine, den Reichtum Sachsens an kultureller und landschaftlicher Schönheit zu präsentieren die andere Aufgabe der Landesvertretung. Im Rahmen der „vor Corona“ zahlreichen Veranstaltungen am Sitz der Landesvertretung in der Brüderstraße 11/12, liegt dem Staatssekretär



Staatssekretär  
Conrad Clemens

© Florian Gaertner / photothek.net



Der einladende Sachsenkeller

vor allem am Herzen, einen unverstellten Blick auf Sachsen zu ermöglichen.

## Weltoffene Einstellung fördern

„Durch rechtsradikale Versammlungen und Aufmärsche ist erheblicher Schaden für das gesamte Land entstanden. Der Rechtsextremismus ist unser größtes Problem.“ Die erschreckenden Vorfälle in Chemnitz oder Dresden spiegelten nicht die allgemeine weltoffene Stimmung bei Land und Leute wider. Unterschätzen dürfe man die Gefahr der Infiltration allerdings nicht, zumal Sachsen inzwischen ein bevorzugter Treffpunkt von Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet sei. „Ich bin sehr froh“, so der Staatssekretär, „dass Ministerpräsident Michael Kretschmer auch politisch ganz klar eine Brandmauer gegen Rechtsaußen errichtet hat.“

## Brandmauer gegen Rechtsaußen

Und Conrad Clemens weiß wovon er spricht, hat er doch vor seiner Ernennung zum Staatssekretär sehr eng mit Kretschmer im Wahlkampf zusammengearbeitet, der in zahllosen Bürgergesprächen den Dialog sucht.

Mit Dialog und Kommunikation kennt sich aber nicht nur der Staatssekretär aus, auch seine Mitarbeiter legen außerordentliche Kreativität an den Tag, um die positiven und liebenswerten Seiten des Freistaates in Berlin zu präsentieren.

## Spurensuche in Berlin

So werden immer wieder verborgene Spuren sächsischen Ursprungs in Berlin aufgedeckt. Dabei kann es sich um Orte, Bauten, Kunstwerke oder auch Landeskinder handeln, die in Berlin gewirkt haben.

Auf die seit über einem Jahr geltenden „Corona-Kontaktverbote“ wurde schnell reagiert, nachdem die sehr sehenswerte Ausstellung über sächsische Industriebauten im vergangenen Jahr kurz vor ihrer Eröffnung von den Einschränkungen betroffen worden war. Seitdem wird verstärkt auf digitale Präsentation und Kommunikation gesetzt.

Besonders gelungen ist das Video, das im vergangenen Jahr das traditionelle Weihnachtskonzert im

„Sächsischen Haus“, wie der Sitz der Landesvertretung in der Brüderstraße von den in Berlin ansässigen Sachsen genannt wird.

## Weihnachtsland Sachsen

Sänger und Moderator Gunther Emmerlich und ein kleines Musikensemble führen mit heiteren Geschichten, Gedichten und traditionellen Liedern durch das „Weihnachtsland Sachsen“, das weltweit unter anderem mit seinen leckeren Stollen, erzgebirgischen Schnitzereien und Herrnhuter Sternen dem Fest seinen unverkennbaren Stempel aufdrückt. Auf der Homepage der Landesvertretung [www.landesvertretung.sachsen.de](http://www.landesvertretung.sachsen.de) ist das Konzert abrufbar.

In einem aktuellen Video blickt Christine von Brühl in einer Lesung aus ihrem Buch „Schwäne in Weiß und Gold“ auf die wechselvolle Geschichte der von Brühls und ihres berühmten Schwanenservices zurück. Bilder des berühmten Porzellans aus der Manufaktur Meißen sind dem Beitrag vorangestellt. Für die nächste Lesung wurde bereits Thomas de Mazière gewonnen, der von 1999 bis 2005 in den verschiedensten politischen Spitzenämtern in Sachsen, zuletzt als Innenminister, gewirkt und seinen sächsischen Wahlkreis seit 2009 im Bundestag vertreten hat.

Auf digitalem Wege werden statistisch mehr Menschen erreicht als dies bei Liveveranstaltungen möglich wäre. Trotzdem warten alle gespannt darauf, dass sich das Sächsische Haus wieder mit Leben füllt, zumal das denkmalgeschützte Gebäude ein wahres Schmuckstück ist und ein stilvolles Ambiente für die verschiedensten Anlässe bietet. Genannt seien nur der geräumige helle Innenhof, holzvertäfelte Sitzungsräume und der ausgesprochen einladende Sachsenkeller.

Bereits Fassade, Eingang und Treppenhaus lassen den Besucher erkennen, mit wie viel Liebe auch zum Detail das 1997 vom Freistaat Sachsen erworbene Haus restauriert und grundlegend renoviert worden ist – und das innerhalb von 16 Monaten. Weil Sachsen turnusmäßig mit der ersten Bundesratspräsidentschaft in der neuen Bundeshauptstadt Berlin an der Reihe war, wurde schnelles Handeln nötig.

Wer mehr erfahren will und über Neuigkeiten aus Sachsen, Veranstaltungen der Landesvertretung und insbesondere die Entscheidungsprozesse der Berliner Politik in Bundesrat, Bundestag und in der Bundesregierung aktuell und umfassend informiert werden will, dem sei der Newsletter der Landesvertretung „Sachsen in Berlin“ dringend empfohlen.

Einfach anmelden unter: [landesvertretung.sachsen.de](http://landesvertretung.sachsen.de).

Schlag, Streich (französisch)	ugs.: in Ordnung (amerikanisch)	nicht nutzbare Pflanze	erzählende Dichtung	<p><b>Unsere Gewinner</b></p> <p>Die Buchpreise der Landesvertretung von Sachsen-Anhalt beim Bund unseres März-Preisrätsels haben gewonnen:</p> <p><b>Ines Lüttke</b>, 12589 Berlin  <b>Christel Rattay</b>, 12207 Berlin  <b>Stefan Gäbel</b>, 15562 Rüdersdorf  <b>Ursula Bretzel</b>, 14163 Berlin</p> <p>Das Lösungswort war: <b>Veilchen</b></p>										Trinkgefäß	hochbetagt	Sultanat am Arabischen Meer				
Bein-gelenk		4	tierisches Milchorgan											schlechter Mensch, Schuft	3	Rangstufe in den Budo-sportarten				
Stromspeicher (Kurz-wort)														Frau Abrahams im A. T.						
		hastig; dringend	sagenhaftes Goldland											Selbst-sucht	Mün-dungs-arm der Oder	eng-lisch: auf; an	alt-griechi-sche Statue	Mineral-oder Gesteins-körnchen	römi-scher Sonnen-gott	Vorfahr
Stadt u. Fluss in Schott-land	fegen, mit dem Besen reinigen	Teil-strecke												5	chinesi-scher Koch-topf			Vor-name Laurels		
Wahl-übung im Sport			10	Gesand-ter des Papstes	Strom in Vene-zuela				ständig, stets	Zacke an Gabeln, Kämmen										
			mittel-großer Papagei			Teil, Anteil	gefeierter Künstler	Haupt-stadt von Oberös-terreich		11										
freund-lich	8	jedoch, hingegen			Kosten, Auslagen			9	Rad-mittel-stück	frühere franz. Silber-münze										
			2	griechi-scher Buch-stabe		franz. männ-licher Artikel	Luft ein-ziehen und aus-stoßen													
gefüllter, gerollter Teig-fladen		schma-ler Weg		1	Ferien				Kante, Winkel (süd-deutsch)	7										
zu keiner Zeit			Brot-röster					unge-bleicht, natur-farben												

**PREISRÄTSEL**

**Berühmte Herrnhuter Sterne ...**

... gibt es bei unserem April-Preisausschreiben zu gewinnen. Die Landesvertretung Sachsen hat den beliebten Weihnachtsschmuck drei Mal für die Leser des hauptstadt magazins zur Verfügung gestellt und gleich eine Erklärung für die typische Form der Sterne mitgeliefert:

Vor über 160 Jahren wurde Schülern der Herrnhuter Brüdergemeinde mit-hilfe des Sterns ein besseres geometrisches Verständnis im Mathematik-unterricht vermittelt – eine pädagogische Idee mit weitreichenden Folgen, denn bis heute sind die Sterne nicht aus der Advents- und Weihnachtszeit wegzudenken.

Das nächste Weihnachten kommt bestimmt.  
Wer mitmachen will, schicke die richtige Lösung an:

dbb berlin  
post@dbb.berlin  
Fax: 030 327952-20

Einsendeschluss ist der **15. April 2021**.

Die Gewinner werden unter den Einsendern der richtigen Lösung ausgelost.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.







## 100 Jahre BBBank

**Schon ein Jahrhundert ist es her, dass ein badischer Postinspektor zusammen mit Kollegen aus dem Badischen Beamtenbund am 12. November 1921 in Karlsruhe die Badische Beamten-Genossenschaftsbank eGmbH aus der Taufe gehoben hat.**

Anders als heute galten Beamte zur damaligen Zeit nicht als kreditwürdig, was ausschlaggebend für die Gründung der berufsständischen Bank war. Als Selbsthilfeeinrichtung soll sie ihre Mitglieder geldwirtschaftlich fördern, legen die ersten 33 Genossen in der Satzung fest und eröffnen den Beamten damit zunächst den Zugang zum bargeldlosen Zahlungsverkehr. Ab 1923 kann von den Konten bei der Badischen Beamtenbank per Scheck auch bei anderen Banken Geld abgehoben werden oder in Geschäften bezahlt werden.

Im nächsten Schritt ruft die Bank zwei Jahre später eine eigene Feuer- und Einbruchschadenkasse

für ihre Mitglieder ins Leben und nach dem 2. Weltkrieg halfen Konsum- und Wohnungsbaukredite beim Wiederaufbau.

Dem grundlegenden Fördergedanken ist die aus der Badischen Beamtenbank hervorgegangene BBBank treu geblieben: Unter anderem bietet sie mit ihren exklusiven Abenden für den öffentlichen Dienst seit vielen Jahren Politikern, Beamten- und Mitgliedern ein wichtiges Forum zum Meinungsaustausch. Auch mit ihrer vor zehn Jahren ins Leben gerufenen Stiftung setzt die Bank ihre Fördertradition fort.

### Gesundheitsschutz für Wahlhelfer

Nach derzeitigem Stand sind Wahlhelferinnen und Wahlhelfer in einer Impfverordnung der Bundesregierung in 3. Priorität eingestuft.

### Wahlhelfer gesucht!

34.000 ehrenamtliche Wahlhelferinnen und Wahlhelfer werden für die Wahlen zum Deutschen Bundestag, zum Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksversammlungen am 26. September dieses Jahres in Berlin gebraucht, um eine ordnungsgemäße Abwicklung der Wahlen und ein korrektes Wahlergebnis sicherzustellen.

Schon jetzt sucht die Landeswahlleiterin deshalb Bürgerinnen und Bürger mit Wahlberechtigung zum Deutschen Bundestag, die in ihrem Bezirk auf diese Weise einen wichtigen ehrenamtlichen Beitrag für unsere Demokratie leisten wollen.

Bis zu neun Mitglieder umfasst ein Wahlvorstand, wobei Aufgaben von unterschiedlichem Gewicht anfallen: Die meiste Verantwortung übernehmen Wahlvorstehende, die das Team leiten, den Kontakt zum Bezirkswahlamt halten, die Stimmauszählung leiten, das Wahlergebnis bekannt geben und die Unterlagen an das Bezirkswahl-

amt übergeben. Für sie und ihre Stellvertreter sind im Vorfeld Schulungen vorgesehen. Dasselbe gilt für Schriftführer und ihre Stellvertreter, die unter anderem das Wählerverzeichnis am Wahltag führen und die Wahlniederschrift fertigen.

Die Beisitzenden im Wahlvorstand kontrollieren vor allem Wahlbenachrichtigungen und Ausweise, geben Stimmzettel aus und zählen die Stimmzettel aus.

Für den Einsatz in einem Wahlvorstand wird ein sogenanntes Erfrischungsgeld von 60 Euro gewährt, bei vorangegangenen Schulungen sind es 20 Euro. Dienstkräfte der Berliner Verwaltung können zwischen Erfrischungsgeld und Freizeitausgleich wählen.

Mehr Informationen unter:  
<https://www.berlin.de/wahlen/organisation/wahlhelfende/>